

# Die institutionelle Zweisprachigkeit der Stadt Fribourg-Freiburg: Geschichte, Zustand und Entwicklungstendenzen

**Bernhard ALTERMATT**

Universität Fribourg-Freiburg, Institut für Föderalismus, Engelsberg-Str. 7,  
CH-1763 Granges-Paccot, Schweiz; b\_altermatt@yahoo.com

The city of Fribourg-Freiburg in the Swiss canton of the same name lies at the language border between the French and German regions of Switzerland. Demographically the town has been bilingual since its foundation in the year 1157. Fribourg has an exceptionally wide range of schools and institutions providing bilingual education (from kindergarten to university), mostly by offering parallel French and German classes. Yet, the number of immersion programs is steadily growing. The city's authorities have improved their language policy over the past decades, but respect for bilingualism still remains unsatisfactory on the administrative level. The same holds for different public areas, where most inscriptions are monolingual (official signalling, panels, boards, signs, etc.). Despite the long history of peaceful bilingual coexistence, there is undoubtedly room for improvement as far as language policy is concerned and Fribourg has not yet fully explored the potential of its historical and contemporary bilingualism.

**Key words:**

bilingualism, federalism, institutional multilingualism, language policy, territoriality.

Der Kanton Freiburg verdankt seine Zweisprachigkeit in erster Linie der Hauptstadt, die seit der Gründung im Jahr 1157 von Einwohnern französischer und deutscher Sprache bewohnt wird. Der *bilinguisme* ist bis heute ein wichtiges Merkmal Freiburgs und lässt sich unter diversen Blickwinkeln analysieren. Dabei stellt sich vorab die Frage, was denn eine Stadt zu einer zweisprachigen Stadt macht. Einerseits sind das die Sprachkompetenzen und Sprechgewohnheiten der Einwohner, d.h. die *individuelle* Zweisprachigkeit, die von Sprachwissenschaftlern und Soziolinguisten erforscht wird.<sup>1</sup> Andererseits lässt sich die Zweisprachigkeit auch unter den Aspekten des Sprachgebrauchs in der Verwaltung, des öffentlichen Bildungsangebots, der Haltung der Behörden gegenüber der Zweisprachigkeit, der rechtlichen Situation und des nach aussen projizierten Stadtbildes betrachten. Diese Elemente vermitteln einen Überblick über die *institutionelle* Zweisprachigkeit einer Ortschaft.<sup>2</sup> Im vorliegenden Beitrag befasste ich mich mit der geschichtlichen Entwicklung und dem aktuellen Zustand der institutionellen Zweisprachigkeit der Stadt Freiburg. Dabei ist einleitend hervorzuheben, dass die Freiburger Stadtregierung während 650 Jahren zugleich als kantonale Exekutive amtierte. Erst das Ende

---

1 Vgl. zur Stadt Freiburg: Gottfried Kolde (1981), Claudine Brohy (1992), Anita Gasser (1987), Peter Cichon (1998).

2 Vgl. die sprachhistorischen Studien über Freiburg von Georges Lüdi (1989) und Patrick Schnetzer (1977/1980).

des *Ancien Régime* brachte zwischen 1798 und 1831 die Befreiung der umliegenden "Alten Landschaft" und Vogteien sowie die Konstituierung der Stadt als politische Gemeinde mit territorial begrenzten Kompetenzen.<sup>3</sup> Der Vollständigkeit und Vergleichbarkeit halber fliessen deshalb auch kantonale Aspekte in die vorliegende Analyse der Stadtfreiburger Zweisprachigkeit mit ein. Ich stütze mich im Folgenden teilweise auf Forschungsergebnisse meiner 2003 erschienenen Studie zur freiburgischen Sprachpolitik und Sprachengeschichte.<sup>4</sup>

### **Achteinhalb Jahrhunderte zweisprachiger Koexistenz (Sprachdemografie)**

Die ersten Informationen, die auf die sprachliche Zusammensetzung der freiburgischen Stadtbevölkerung schliessen lassen, stammen aus einer quantitativen Analyse der Bürgerbücher der Jahre 1341 bis 1416 des Historikers Urs Portmann. Gestützt auf die Sprache der Herkunftsorte kommt Portmann zum Schluss, dass im 14. Jahrhundert ungefähr drei Viertel der Bürger frankophoner Abstammung waren. Im Kleinen Rat, der von alteingesessenen Familien dominiert wurde, waren knapp 60 Prozent der Mitglieder frankophoner Herkunft. Der Historiker Nicolas Morard konnte Portmanns Forschungsergebnisse bezüglich der städtischen Elite für die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts bestätigen. Morards akribische Studie eines vollständig erhaltenen Steuerrodels und der städtischen Notariatsakten von 1478/79 ergab jedoch, dass die Mehrheit der Gesamtbevölkerung damals deutschsprachig gewesen sein muss.<sup>5</sup>

Aufgrund der westlichen Lage des Kantons in der Eidgenossenschaft und der immer engeren Beziehungen zwischen der Schweiz und Frankreich gewann in den Jahrhunderten nach der Gründung die französische Sprache kontinuierlich an Gewicht und Ansehen. Die Institutionalisierung des Soldwesens in französischen Diensten und die wachsende Anziehungskraft der französischen Kultur in Europa während der Aufklärung waren auch in der Saanestadt spürbar: Gegen Ende des *Ancien Régime* war die Mehrheit der in Freiburg gedruckten Schriften französisch, während zu Beginn des Buchdrucks noch die Hälfte in Latein und je ein Viertel in den beiden Kantonssprachen verfasst waren.<sup>6</sup> Seit Ende des 19. Jahrhunderts bestehen sodann statistische Angaben zur sprach-

---

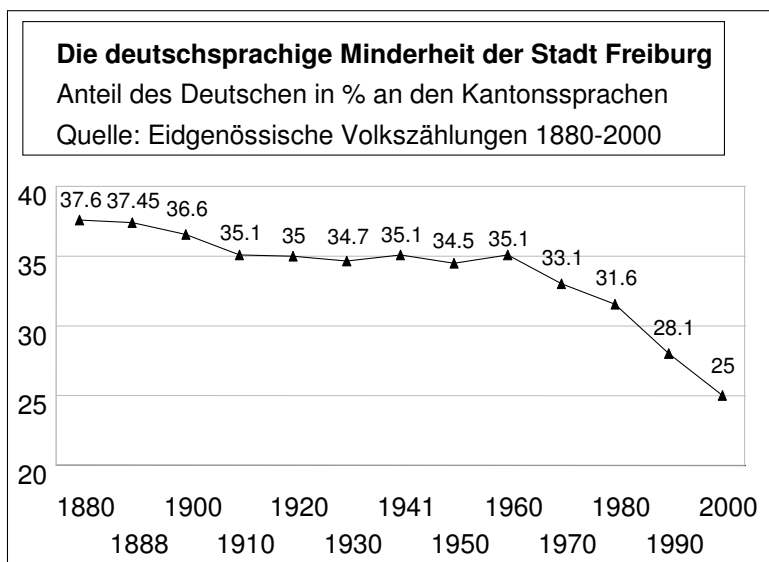
3 Vgl. Roland Ruffieux (1981).

4 Bernhard Altermatt (2003): *La politique du bilinguisme du canton de Fribourg/Freiburg 1945-2000, Entre innovation et improvisation*, Freiburg, Chaire d'histoire contemporaine générale et suisse de l'Université de Fribourg Suisse, 375 S.

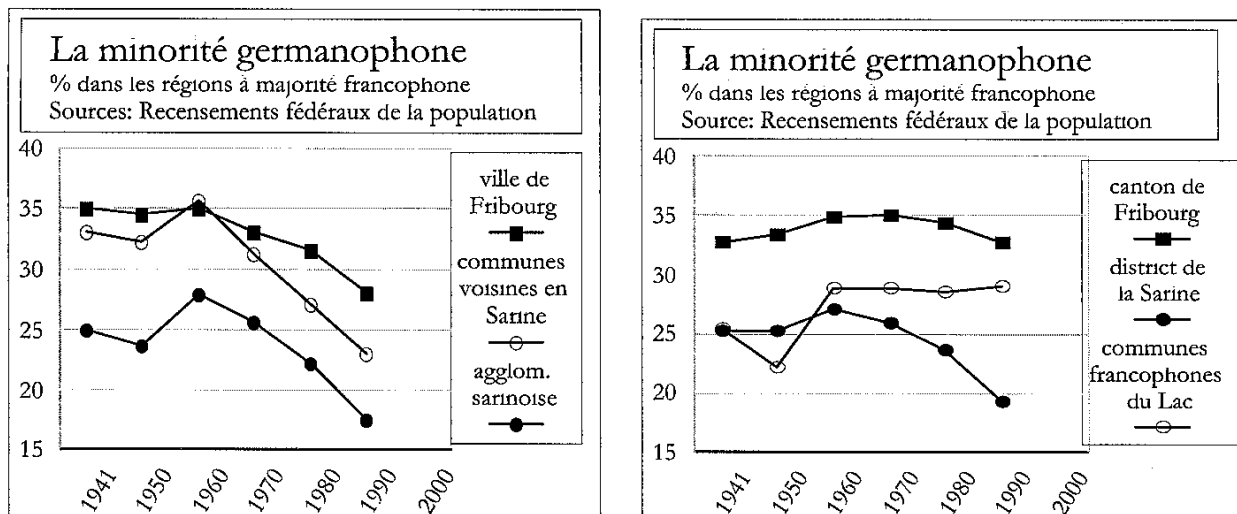
5 Vgl. Urs Portmann (1981) und Nicolas Morard (2002/03).

6 Georges Andrey, "Livre et société, Evolution linguistique", in: Roland Ruffieux (1981), 584ff.

lichen Zusammensetzung der Stadtbevölkerung: In den Jahren 1860 und 1870 sprach man in 30 Prozent der Haushalte Deutsch. Erst ab 1880 wurde in den Eidgenössischen Volkszählungen nach der Muttersprache der individuellen Einwohner gefragt:



Die sprachlichen Zensusresultate der Stadt Freiburg sind von folgenden zwei Merkmalen gekennzeichnet: Einerseits befanden sich die Deutschsprachigen schon im 19. Jahrhundert in der Minderheit, andererseits blieben die Sprachverhältnisse bis 1960 ausserordentlich stabil. Der danach einsetzende, massive Rückgang des deutschen Bevölkerungsanteils ist nicht etwa – wie oft angenommen – auf die vermehrte Niederlassung der Deutschsprachigen in den Agglomerationsgemeinden zurückzuführen. Im Gegenteil: Die umliegenden, frankophonen Ortschaften im Saanebezirk und im Oberen Seebezirk weisen eine ähnlich hohe oder noch erheblichere Abnahme der deutschsprachigen Minderheit auf. Die folgenden Grafiken verdeutlichen den Rückgang der deutschen Sprache in den mehrheitlich frankophonen Gebieten Freiburgs zwischen 1941 und 1990 (im Kanton, in der Stadt, im Saanebezirk, in den frankophonen Gemeinden des Seebezirks, in den französischsprachigen Nachbargemeinden der Hauptstadt im Saanebezirk und in den frankophonen Gemeinden der Agglomeration):



Grafik aus: Bernhard Altermatt (2003<sup>1</sup>), 267.

Die Abnahme des Anteils der deutschsprachigen Einwohner in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fällt mit einer Zunahme der französischsprachigen Mehrheitsbevölkerung einerseits und mit der wachsenden "fremdsprachigen" Zuwanderung andererseits zusammen. Tatsächlich kam ein grosser Teil der ab 1960 einwandernden Menschen aus Ländern des romanisch-lateinischen Sprachraums in Europa (Italien, Spanien, Portugal) oder aus frankophonen Staaten Nord-, Zentral- und Westafrikas. Ihre Integration erfolgte zumeist in der französischen Sprache und in der integrationsstrategisch attraktiveren, frankophonen Mehrheitsgemeinschaft. Dank der wachsenden Mobilität und angesichts der wenig zweisprachigkeitsfreundlichen Politik der Stadtbehörden zogen es gleichzeitig viele Deutschfreiburger vor, in den deutschsprachigen Sprachgremgemeinden wohnhaft zu bleiben und zur Arbeit zu pendeln. Diese Hypothese wird gestützt durch den vergleichsweise stabilen Anteil der Deutschsprachigen im Kanton – bei gleichzeitig markantem Rückgang der deutschsprachigen Minderheit in mehrheitlich frankophonen Gebieten. Ungeachtet dieser veränderlichen Mehrheitsverhältnisse lässt sich zusammenfassend festhalten, dass sich die Bevölkerung der Stadt Freiburg seit über acht Jahrhunderten aus Angehörigen der zwei autochthonen (ingesessenen) Sprachgemeinschaften zusammensetzt.

### Freiburgs Stärke: Ein komplettes Bildungswesen in zwei Sprachen

In gemischtsprachigen Gemeinden kommt dem öffentlichen Erziehungswesen grosse Bedeutung im Umgang mit der lokalen Mehrsprachigkeit zu. Die behördliche Schulpolitik ist ein wichtiger Gradmesser der Bereitschaft, deningesessenen Sprachminderheiten entgegenzukommen, ihre kulturelle Eigenart zu respektieren und die territoriale Mehrsprachigkeit anzuerkennen.

In dieser Hinsicht kann Freiburg auf eine vorbildliche Handhabung der Zweisprachigkeit verweisen. Schon im Mittelalter stellte die Bilingualität die Behörden vor spezifische Herausforderungen und veranlasste sie zu besonderen Leistungen. Freiburg besass ein zweigliedriges Schulsystem (Kleinschulhäuser in den Quartieren sowie eine städtische Latein-Grossschule) und gab sich bereits 1425 ein Schulreglement. Gemäss dem Historiker Franz Heinemann führte nicht zuletzt die Zweisprachigkeit zu einer relativ frühen Entwicklung der Schulen: Im zweisprachigen Freiburg, dessen Einwohner damals mehrheitlich frankophon waren, eröffnete man die ersten deutschen und amtlich anerkannten Quartierschulen teilweise vor der Schaffung ähnlicher Schulen in vollständig deutschsprachigen Städten.<sup>7</sup> Im Zug der Gegenreformation entstand in Freiburg 1577 eine höhere Schule für Grammatik, Dialektik und Rhetorik, die im Jahr 1582 vom Jesuiten-Kollegium St. Michael abgelöst wurde. Während die Verantwortung für das Schulwesen vom 16. bis 18. Jahrhundert hauptsächlich bei der Kirche lag, verstärkte der Staat im 19. Jahrhundert sein Engagement in der Volksbildung. Die Zentrumsfunktion des Kantonshauptorts führte zur Eröffnung einer Vielzahl von Bildungsinstitutionen in Freiburg: Sekundarschulen, Lehrerseminare, Handelsschulen, handwerkliche Berufsschulen, Hauswirtschaftsschulen, eine Landwirtschaftsschule, ein Technikum, eine Schule für Krankenpflegerinnen, etc. Im Gegensatz zur 1889 gegründeten Universität Freiburg waren aber nicht alle Schulen und Institute zweisprachig, sondern oft nur französisch geführt.

Die städtischen Gemeindeschulen wurden in Freiburg ab 1803 von den Kapuzinern (französisch) und von den Augustinern (deutsch) geführt. Insbesondere die französischen Schulen erlebten nach der grundlegenden Erneuerung des Unterrichts durch Pater Grégoire Girard eine Blütezeit. Girard förderte nicht nur das Erlernen der Muttersprache, sondern er führte ab der vierten Primarklasse auch Lektionen in der ersten Fremdsprache (Deutsch) ein. Wie der Historiker Francis Python jüngst unterstrich, sprach sich der Freiburger Pädagoge auch für die Schaffung von sprachlich gemischten Klassen aus. Damit beabsichtigte er einerseits, den kantonalen und nationalen Zusammenhalt zu stärken, und andererseits, die sprachlichen Fähigkeiten respektive die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Schulabgänger zu verbessern.<sup>8</sup> Die Freiburger Stadtbehörden überlegten sich ihrerseits bis in die 1830er Jahre, die "deutschen und die französischen Schulen zu fusionieren" um die sprachliche, d.h. frankophone Einheit des kommunalen Schulwesens zu verwirklichen. Erst 1837 entschloss man sich auf mehrmaliges Drängen des kantonalen Erziehungsrates widerwillig dazu, die bis anhin von den Augusti-

---

7 Vgl. dazu die mediävistische Studie von Franz Heinemann (1895), 93.

8 Vgl. Grégoire Girard & Eugène Egger (1950).

nen geführten deutschen Klassen "definitiv zu organisieren" und als städtische Schule anzuerkennen.<sup>9</sup>

Im Rahmen der progressiven Gleichstellung der kantonalen Sprachgruppen wurden bis ans Ende des 20. Jahrhunderts alle in der Stadt Freiburg angebotenen Ausbildungen für Schüler beider Sprachen geöffnet. Heute gibt es vom Kindergarten bis zur Universität gleichermassen Unterricht auf Deutsch und Französisch. Was die politische und materielle Verantwortlichkeit der Hauptstadt betrifft, hat Freiburg seit der Eröffnung einer deutschsprachigen Klasse an der städtischen Sekundarschule (1916) einen guten Leistungsausweis vorzuweisen. Der grösste Mangel ist heute das Fehlen von zweisprachigen Klassen oder partiellem Immersionsunterricht während der obligatorischen Schulzeit (z.B. deutschsprachige Klassen, in denen Geografie auf Französisch unterrichtet wird). Die städtischen Behörden scheinen grosse Berührungsängste gegenüber der schulischen Zweisprachigkeit zu haben: 1993 und 2002 wurden entsprechende Vorstösse des Gemeindeparlaments von der Stadtregierung als "unzulässig" zurückgewiesen. Mit Blick auf das zusammenwachsende Europa und auf ähnliche Schulprojekte in anderen Regionen erstaunt diese Lücke insbesondere auch deshalb, weil der sprachliche Immersionsunterricht seitens der freiburgischen Bevölkerung, der Wirtschaft und der Politik auf beträchtliches Interesse stösst. Im September 2000 sprachen sich 52 Prozent der Stadtfreiburger Stimmbürger in einem kantonalen Referendum für die Einführung der partiellen Immersion in der Primarschule aus. Da die betreffende Vorlage auf kantonaler Ebene mit 50,4 Prozent der Stimmen abgelehnt wurde, konnte das Projekt nicht verwirklicht werden. Trotz der Ablehnung bleibt das knappe Abstimmungsresultat ein Hinweis auf die bestehende Nachfrage nach zweisprachigem Unterricht und auf die Möglichkeiten, die sich einer zweisprachigen Region bieten.

### **Lückenhafte Zweisprachigkeit auf Behördenebene (Verwaltung und Politik)**

Der Sprachgebrauch auf amtlicher Ebene erlebte nach der Gründung der Stadt mehrere Veränderungen, die im historischen Kontext zu interpretieren sind. Nachdem man sich ursprünglich des Lateins als Amtssprache bedient hatte, übernahmen die Freiburger Behörden im 15. Jahrhundert schrittweise die lokalen Sprachen. Dabei bevorzugte man anfangs das Französische; ab 1470 waren Deutsch und Französisch in amtlichen Dokumenten ungefähr zu gleichen Teilen vertreten; und nach dem Beitritt Freiburgs zur Eidgenossenschaft 1481 verwendete man in den Aussenbeziehungen, der Kanzlei, den

---

9 Archiv der Stadt Freiburg: Protokoll des Gemeinderats der Stadt Freiburg 1837, 146 und 209f.

Räten und im Kontakt mit den Vögten die deutsche Sprache. Innerhalb der Vogteien wurden jedoch in Verwaltung und Rechtssprechung weiterhin die lokalen Sprachen benutzt. Trotz der deutsch dominierten Zentralverwaltung blieb das Französische in Freiburg stark vertreten und gewann bis ans Ende des *Ancien Régime* kontinuierlich an Gewicht und Prestige. Während der Helvetik (1798-1803) setzte sich das Französische als Verwaltungssprache durch, während das Deutsche für über 150 Jahre fast vollständig von der amtlichen Bildfläche verschwand. Mit der liberalen Bewegung, die das freiburgische Patriziat 1830/31 definitiv hinwegfegte, setzten markante sprachpolitische Veränderungen und eine massive Schlechterstellung der deutschsprachigen Minderheit in der Hauptstadt ein. So teilte das neue Regime die zweisprachige Verwaltungseinheit der "Alten Landschaft" (die Stadt und ihr Umland) in zwei "einsprachige" Distrikte: die zukünftigen Bezirke Saane und Sense. Die damalige Wende der freiburgischen Sprachpolitik – zu einer eindeutig frankophonen Dominanz – war indessen nicht auf demografische Veränderungen zurückzuführen, sondern primär auf den Übergang zum demokratischen Mehrheitsprinzip und auf den Umstand, dass der deutschen Sprache der Ruf des verhassten *Ancien Régime* anhaftete. Darüber hinaus fügt sich die Aufteilung von gemischtsprachigen Gebieten nahtlos in die homogenisierende, sprachnationalistische Politik ein, die Europa im 19. und 20. Jahrhundert prägte.<sup>10</sup>

Obwohl der Anteil des Deutschen in der Stadt Freiburg nie unter einen Viertel sank, berücksichtigen die städtischen Behörden die Sprache der Minderheit erst seit Mitte des 20. Jahrhunderts wieder zaghaft in der Verwaltung. Die Deutschsprachigen sind in der Stadtregierung notorisch untervertreten oder gar nicht repräsentiert. Die Geschäftsberichte, Botschaften und anderen schriftlichen Dokumente der Exekutive werden nur auf Französisch verfasst. Es steht der Gemeindeverwaltung auch kein eigentlicher Übersetzungsdienst zur Verfügung. Trotz einem Minderheitenanteil von gegen einem Drittel der Bürger waren im städtischen Generalrat im Stichjahr 1979 nur gerade 17 von 80 Parlamentariern deutscher Muttersprache (22%). Unter den 29 Abgeordneten der Stadt im Kantonsparlament befanden sich ganze zwei Deutschsprachige (7%).<sup>11</sup> Es ist davon auszugehen, dass ein ähnliches Übergehen der französischsprachigen Minderheit auf nationaler Ebene, im Kanton Bern oder in der Stadt Biel zu scharfem Protest und einer sofortigen Reaktion führen würde. Obwohl auf Gemeindeebene vieles von Tagespolitik abhängt, muss festgehalten werden, dass – trotz kontinuierlichen Verbesserungen – die sprach- und minderheitenpolitische Sensibilität, wie man sie sonst

---

10 Vgl. Bernhard Altermatt (2003<sup>1</sup>); Urs Altermatt (1996<sup>1</sup> und 1996<sup>2</sup>); Peter Boschung (1989).

11 Mitteilung des Gemeinderats, zitiert in: Joseph Jungo, *Germanisation à Fribourg?* in: *La Liberté*, Rubrik "Boîte aux lettres", 26. Oktober 1979, 21.

in der Schweiz kennt, in der Stadt Freiburg auf Behördenebene gering ausgeprägt ist. Tatsächlich deckte sich das sprachliche Selbstverständnis der Stadt und ihrer Behörden noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit demjenigen des Kantons, der sich bis in die 1960er Jahre gerne als "canton romand avec une minorité alémanique" gab.<sup>12</sup> Da seither im Kanton Freiburg grundlegende Reformen umgesetzt wurden, steht die Sprachpolitik der Stadt Freiburg heute nicht nur in klarem Gegensatz zum Kanton, sondern auch zur Schweiz, die ihre Mehrsprachigkeit bereits seit 1798 und 1848 formell anerkennt.

### **Fortschritte und Mängel in der öffentlichen Anerkennung der Zweisprachigkeit (Stadtbild und rechtlicher Status)**

Auf Ortswegweisern, die nach Freiburg zeigen, ist bis heute meist nur der französische Gemeindename "Fribourg" zu lesen. Ab 1960 begann sich die Deutschfreiburgische Arbeitsgemeinschaft (DFAG) für eine bessere Berücksichtigung des deutschsprachigen Erbes der Kantonshauptstadt – auch für die zweisprachige Bezeichnung von öffentlichen Bauten und Strassen – einzusetzen. Bei der Gestaltung der Ortsschilder an der Gemeindegrenze konnte in den 1970er Jahren eine Lösung gefunden werden ("Fribourg – Freiburg"), wobei die Frage zuvor das Kantonsparlament, die DFAG, das Bundesamt für Justiz und Polizei, die Kantonsregierung und die Stadtbehörden beschäftigt hatte. Zu Diskussionen führte in den 1980er Jahren auch die sprachliche Gestaltung der Tafeln an den Autobahnausfahrten der Stadt Freiburg. Seither weisen die betreffenden Schilder in einem sprachlich fraglichen Gemisch auf "Fribourg Nord – Historische Stadt" und auf "Fribourg Centre – site historique" hin, ohne die Zweisprachigkeit der Kantonshauptstadt wirklich zu berücksichtigen. Während die kantonalen Behörden im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu einem allgemeinen Konsens über den zweisprachigen Status der Stadt Freiburg gelangten, taten sich die städtische Regierung und Verwaltung mit der Frage der Zweisprachigkeit ungleich schwerer. Noch 1981 errichtete man auf allen Plätzen einsprachige Stadtpläne, auf denen das zuständige Grundbuchamt die deutsche Sprache ganz einfach vergessen hatte.<sup>13</sup>

---

12 Diese Formel wurde noch 1988 vom damaligen Chefredaktor der französischsprachigen Tageszeitung *La Liberté* benutzt: François Gross, "Des changements s'imposent", in: *Freiburger Nachrichten* (Spezialbeilage zum Jubiläum "125 Jahre FN"), 29. November 1988, 26; vgl. auch Philipp Haselbach (2001), 136f.

13 Yvan Jelk (Mitarbeiter des Katasteramts), zitiert in: Pierre Schmitt, Deutschsprachige wurden vergessen! in: *Freiburger Nachrichten*, 19.8.1981, 7. Bereits 1904 hatte der Deutsche Geschichtsforschende Verein des Kantons Freiburg vorgeschlagen, man möge den örtlichen Poststempel mit der Aufschrift "Fribourg-Freiburg i.Ü." versehen (das Kürzel "i.Ü." steht für "im

Eine wichtige Forderung der deutschsprachigen Minderheit betraf in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die zweisprachige Beschilderung der Strassen und Plätze, die seit 1837 grösstenteils französisch angeschrieben waren. Als erste freiburgische Behörde sprach sich bereits 1968 – nicht überraschend – die Kantonsregierung für die zweisprachige Beschriftung der Strassen in gemischten Gemeinden aus. Das 1974 vom städtischen Gemeinderat genehmigte Strassenregister enthielt dagegen nur französische Bezeichnungen. Ende 1980 versprach der Syndic (Stadtpräsident) Lucien Nussbaumer (1966-1982), eine Konsultativkommission einzusetzen, um herauszufinden, "was die welschen Mitbürger mehrheitlich zur zweisprachigen Beschilderung denken."<sup>14</sup> Ein Jahr später war in der Presse der kategorische Standpunkt der Stadtregierung zu lesen: "A Fribourg, le problème du bilinguisme n'existe pas, affirme quant à lui le syndic. [...] Les problèmes importants pour le magistrat radical sont d'ordre scolaire, culturel, de relation entre administration et administrés: mais pas l'appellation des rues en deux langues!"<sup>15</sup> Auch während der Amtsperiode von Syndic Claude Schorderet (1982-1993) blieb die Frage der zweisprachigen Beschilderung der Strassen und Plätze von Unbeweglichkeit und Einseitigkeit geprägt. Von den Kantonsbehörden auf eine bessere Berücksichtigung der Zweisprachigkeit im Stadtbild angesprochen, liess die Gemeinde erneut verlauten, dass sie einer Übersetzung der Strassennamen ablehnend gegenüber stand, insbesondere "um die frankophonen Einwohner, die in der Schweiz bekanntlich in der Minderheit sind, nicht zu verstimmen."<sup>16</sup> Das Argument der französischsprachigen Minderheitsposition auf nationaler Ebene wurde ebenso regelmässig verwendet, um die Forderungen der Deutschfreiburger zurückzuweisen, wie der Mythos der "Germanisierung" und die angebliche "Importierung der Sprachenprobleme" durch ausserkantonale Deutschsprachige.<sup>17</sup> Auch die

---

Üechtland" und grenzt Freiburg/CH von Freiburg-im-Breisgau/D ab). Die Anregung des Geschichtsvereins wurde von der Postverwaltung im Einvernehmen mit dem freiburgischen Gemeinderat und unter Verweis auf das Risiko von Verwechslungen abgelehnt (vgl. Urs Altermatt, 1993).

14 Interview mit Lucien Nussbaumer, in: *Freiburger Nachrichten*, 7. November 1980, 9.

15 "Beaumont, Schoenberg ou Jolimont", in: *La Liberté*, 8. Januar 1982, 9.

16 Brief des Gemeinderats (Syndic Claude Schorderet & Stadtsekretär Alain Dubey) an die Staatskanzlei, 18. Mai 1982, in: Staatsarchiv des Kantons Freiburg: Signatur CH 860-874, Fonds des Staatskanzlers René Aebischer: "[Le Conseil communal] continue à penser qu'une traduction systématique des noms de rues ne ferait qu'amener des complications et des erreurs, sans aucun avantage pour les membres de la minorité. [...] Le Conseil communal craint également qu'une mesure aussi spectaculaire qu'inefficace comme la traduction des noms de rues n'indispose la population de langue française dont on doit se souvenir qu'elle est aussi minoritaire sur bien des plans en Suisse".

17 Im Jahr 1982 erklärte der Syndic Lucien Nussbaumer: "A Fribourg, les Fribourgeois de vieilles souches parlent l'allemand et les étrangers n'ont aucun problème de bilinguisme; par contre certains Confédérés qui n'ont peut-être pas suffisamment assimilé l'esprit de Fribourg ont quelque difficulté à s'adapter" (in: *La Liberté*, 8. Januar 1982, 9).

sprachpolitische Leistungsbilanz der Stadtregierung unter Syndic Dominique de Buman (1993-2004) unterscheidet sich nicht wesentlich von derjenigen ihrer Vorgängerbehörden. De Buman unterstrich seine ablehnende Haltung gegenüber der sprachlichen Gleichberechtigung anlässlich seiner Nationalratskandidatur 2003: "Toute tentative visant à l'établissement systématique du bilinguisme se traduira inévitablement par le renforcement de la langue majoritaire [de Suisse, c'est-à-dire: l'allemand]".<sup>18</sup>

Öffentlich in Frage gestellt wurde die ausschliesslich französische Benennung der Strassen durch den Gründer der kurzlebigen Deutschfreiburger Partei Franz Aebischer, der 1986 ohne Bewilligung die "Place de l'Hôtel de ville" in "Rathausplatz" umbenannte. Eine Intervention des Sekretärs der Vereinigung Pro Fribourg / Pro Freiburg Gérard Bourgarel führte in der Folge zur Einsetzung einer Kommission im Stadtparlament und 1991 zum Zugeständnis von 22 zweisprachigen Strassenschildern – bei einer Gesamtzahl von damals knapp 400 öffentlichen Ortsbezeichnungen.<sup>19</sup> Die Beschriftung der städtischen Verwaltungsgebäude ist hingegen bis heute einseitig französisch gehalten, wobei die vereinzelte Berücksichtigung der Zweisprachigkeit in der Regel mit einer Ungleichbehandlung beider Sprachen einhergeht: So ist beispielsweise das Stadtsekretariat auf Deutsch und Französisch angeschrieben, aber die Schriftgrösse unterscheidet sich in beiden Sprachen beträchtlich; die Bezeichnung von anderen Amtsstellen im selben Gebäude erscheint nur französisch auf dem Schild.

Der zweite sprachpolitisch bedeutsame Mangel betrifft die zweisprachige Beschriftung des Bahnhofs, die seit über einem halben Jahrhundert gefordert wird. In den 1990er Jahren wandte sich die Deutschfreiburgische Arbeitsgemeinschaft diesbezüglich erneut an den Staatsrat des Kantons und an die Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB). Die Kantonsregierung liess zur Prüfung der Frage vom Verwaltungsrechtler Jean-Baptiste Zufferey ein juristisches Gutachten erstellen, das folgende Schlussfolgerungen enthielt: Erstens müsse die Bezeichnung am SBB-Bahnhof dem amtlichen Namen der Gemeinde entsprechen; zweitens verlange die bestehende Unklarheit im Fall Freiburgs nach einer eindeutigen Stellungnahme der Stadt bezüglich ihres offiziellen Namens; drittens handle es sich bei der Stadt Freiburg um eine zweisprachige Gemeinde, in der Deutsch und Französisch als Amtssprachen anerkannt sind; viertens gäbe es kein "überwiegendes

---

18 Vgl. "Dominique de Buman se livre, Entre testament et programme", in: *La Liberté*, 5. April 2003, 15.

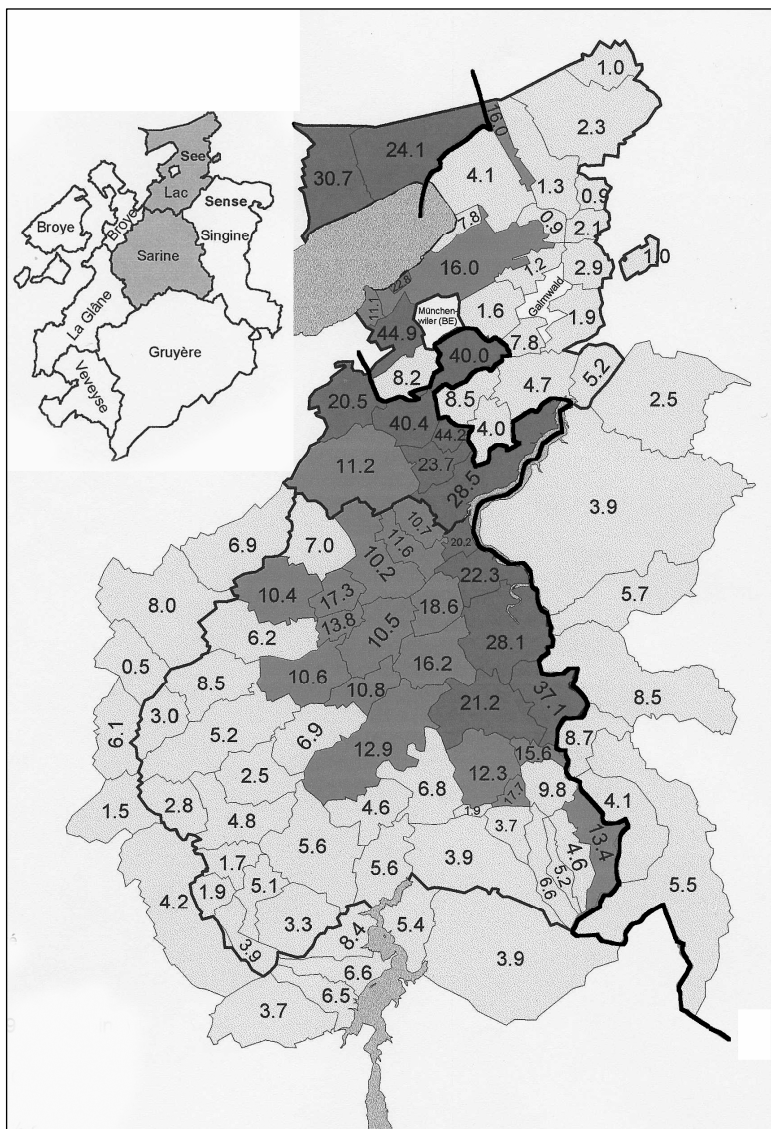
19 Die genaue Zahl von 396 Strassen wurde vom späteren (2004-) Syndic Jean Bourgnecht zitiert, um zu "souligner qu'il n'y a, avec cette décision, aucun risque de germanisation de la Ville." Archiv der Stadt Freiburg, Protokoll der Generalratssitzungen der Stadt Freiburg, Legislaturperiode 1986-1991, Bd. I, 272 (24. November 1986); Bd. IV, 258 (26. September 1988); Bd. V, 485 (19. März 1990). Vgl. auch Rainer Schneuwly (1995).

öffentliches Interesse", das dagegen spreche, den Stadtnamen am SBB-Bahnhof zweisprachig anzuschreiben. Der Gutachter schloss mit den Bemerkungen: "Eine zweisprachige ezeichnung der Ortschaft Freiburg wäre mit den sprachenrechtlichen Forderungen der Bundesverfassung und der Staatsverfassung [des Kantons Freiburg] vereinbar." – "Die Verfassungsgeber von Bund und Kanton betonen die gegenüber den sprachlichen Minderheiten erforderliche wohlwollende Haltung. Eine zweisprachige Bezeichnung der Stadt Freiburg wäre im Sinne des vom Gesetzgeber zum Ausdruck gebrachten Willens."<sup>20</sup>

Trotz erneuter Beschäftigung mit der Frage in Kantonsparlament und Kantonsregierung, unterliess es die Stadt Freiburg bisher, ihre historische und zeitgenössische Zweisprachigkeit ausdrücklich anzuerkennen. Ohne die Stadtfreiberger Sprachpolitik in ihrer Gesamtheit definitiv zu beurteilen, kann unterstrichen werden, dass die Haltung der städtischen Behörden ein Hindernis für die Implementierung einer konsequenten Politik der kommunalen Zweisprachigkeit auf Kantonsebene war. Im Zug einer progressiveren Sprachpolitik der Hauptstadt hätte sich in den Gemeinden der Agglomeration Freiburg eine Haltung entwickeln können, die dem Zentrum eines zweisprachigen Kantons würdig wäre. Insbesondere wäre die Konstituierung der Agglomeration und das Projekt "Gross Freiburg" von Anfang an auf mehr Gegenliebe seitens der Nachbargemeinden gestossen.

---

20 Jean-Baptiste Zufferey (1999), Schlussfolgerungen Nr. 6, 9, 10, 11 und 12. Zufferey stützt sich u.a. auf ein Urteil des freiburgischen Verwaltungsgerichts, in dem festgehalten wurde: "*La ville de Fribourg est une ville bilingue: le français et l'allemand y sont langues officielles*" (Freiburger Zeitschrift für Rechtssprechung Nr. 2, Freiburg 1993, 208-214).



Karte: Anteil der lokalen Sprachminderheit an der Bevölkerung der beiden Kantonssprachen im Jahr 1990. Die Stadt Freiburg befindet sich am östlichen Rand des Saanebezirks (Sarine) und weist einen Anteil Deutschsprachiger von 28,1 Prozent auf. Die dicke, schwarze Linie ist die "Sprachgrenze" zwischen den mehrheitlich deutschsprachigen Ortschaften im Osten und den mehrheitlich frankophonen Gemeinden im Westen. Quellen: Eidg. Volkszählung (Werte) und Statistische Abteilung des Kantons Freiburg (Kartenhintergrund). Aus: Bernhard Altermatt, 2003<sup>1</sup>, 345.

### Ursachen der ambivalenten Zweisprachigkeitspolitik der Stadt Freiburg

Die lückenhafte Sprachpolitik der zweisprachigen Hauptstadt des Kantons Freiburg ist auf eine Reihe von geschichtlichen, demografischen und politischen Faktoren zurückzuführen:

(1.) Erstens sind die heutigen Schwierigkeiten zweifelsfrei mit der Trennung des alten zweisprachigen Bezirks Fribourg-Freiburg im Jahr 1831 und der Schaffung der zwei "einsprachigen" Bezirke Saane und Sense verbunden. Damals wurden nicht nur die Deutschfreiburger von ihrem soziokulturellen und

wirtschaftlichen Zentrum abgeschnitten. Auch die Stadt Freiburg war fortan administrativ von der Hälfte ihres natürlichen Hinterlandes getrennt. Die approximative Sprachgrenze, die bereits den alten gemischten Bezirk durchquert hatte, wurde durch eine politische Grenze verstärkt. Diese künstliche Limite zwischen dem Saane- und dem Sensebezirk behindert bis heute die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden verschiedener Sprache in der Region Freiburg. Des Weiteren schuf man mit der Einteilung der Distrikte auf der französischen Seite der Sprachgrenze eine grosse deutschsprachige Minderheit, die nie anerkannt wurde und bis heute nur mangelhaften Schutz genießt – obwohl sie die frankophone Minorität im benachbarten und ebenfalls zweisprachigen Seebezirk zahlenmässig übertrifft.<sup>21</sup> Die Lage an der durch eine unhistorische Bezirksgrenze verstärkten aber ansonsten nicht festgelegten Sprachgrenze wirkt sich bis heute nachteilig auf die Stadt Freiburg aus. Die Situation hat sich in den letzten Jahren mit der Schaffung der zweisprachigen Agglomeration zwar leicht entschärft. Die Integration der Stadt Freiburg in ihr natürliches Umland beider Sprachen bleibt aber nach wie vor unbefriedigend.

(2.) Zweitens sind, wie oben dargelegt, die lokalen Sprachminderheiten in den Gemeinden beidseits der freiburgischen Sprachgrenze äusserst ungleich verteilt. Die frankophonen Ortschaften im Sprachrenzgebiet weisen einen eindeutig höheren Minderheitenanteil auf als ihre deutschsprachigen Nachbargemeinden auf der anderen Seite der Sprachgrenze. Diese ungleichmässige Verteilung der Sprachminderheiten lässt sich bis ins 19. Jahrhundert (und darüber hinaus) zurückverfolgen. Schon damals waren die Deutschfreiburger eher als die Französischsprachigen geneigt, und als Minderheit auch stärker darauf angewiesen, die Sprachgrenze zu überqueren und sich im anderen Sprachgebiet niederzulassen. Die grössere sprachlich-geografische Mobilität der Deutschsprachigen konnte in den 1990er Jahren von den Sprachwissenschaftlern Georges Lüdi und Iwar Werlen erneut nachgewiesen werden.<sup>22</sup> Der Kanton Freiburg hat es bis heute versäumt, seine traditionell sprachlich gemischten Gebiete als solche anzuerkennen und deren spezifische Lage zu berücksichtigen. Der Umstand, dass in der Sprachrenzzone fast nur die mehrheitlich frankophonen Gemeinden mit einer bedeutenden (deutschsprachigen) Minderheit konfrontiert sind, erschwert bis heute die Suche nach einer zufrieden stellenden Lösung der Zweisprachigkeitsproblematik in der Region Freiburg.

(3.) Drittens wirken sich in Freiburg die spezifischen sprachlichen Mehrheitsverhältnisse (auf Kantonsebene) lähmend auf die sprachpolitische und sprachenrechtliche Diskussion aus: Anders als in der Schweiz bilden die

---

21 Zur sprachlichen Situation und Sprachpolitik im Seebezirk vgl. Carole Schneuwly (2002).

22 Vgl. Georges Lüdi & Iwar Werlen (Hg.) (1997), 66ff. und Philipp Haselbach (2001), 151f.

Frankophonen im Kanton Freiburg die Mehrheit (2/3), und die Deutschsprachigen sind in der Minderheit (1/3). Ungeachtet der eindeutigen Zahlenverhältnisse neigen die französischsprachigen Freiburger dazu, jegliche sprachpolitischen Massnahmen aus dem Blickwinkel ihrer nationalen Minderheitssituation zu beurteilen. Auf diese Weise stehen sich zwei Sprachminderheiten gegenüber, die beide das Gefühl haben, die andere Seite sei die Mehrheit. Diese komplexe Situation wirkt sich direkt auf den Umgang mit der Zweisprachigkeit aus und macht sprachpolitische Reformen äusserst heikel. Sie führt dazu, dass dieselben frankophonen Magistraten, die in Freiburg eine reichlich nonchalante Haltung gegenüber der kantonalen deutschsprachigen Minderheit einnehmen, sich auf nationaler Ebene bisweilen vehement – und mit Recht – für die gebührende Berücksichtigung der *minorités latines* einsetzen.<sup>23</sup> Innerhalb des Kantons Freiburg verstärkt die Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse die Notwendigkeit, in sprachpolitischen Angelegenheiten breit abgestützte und konsensfähige Lösungen zu finden. Daraus ergibt sich eine sehr langsame und beschwerliche Weiterentwicklung des Sprachenrechts, des Minderheitenschutzes und der Zweisprachigkeit.

(4.) Viertens ist die freiburgische Sprachpolitik vom föderalistischen Grundsatz der Gemeindeautonomie abhängig, der sich im sprachlich-kulturellen Bereich besonderes stark auswirkt. Der Kanton Freiburg kann sprachrechtliche Reformen kaum gegen den Willen der betroffenen Gemeinden durchsetzen. Die kantonale Regierung und der Grosse Rat haben es bis heute unterlassen oder abgelehnt, im Bereich der Sprachpolitik tätig zu werden. Einzig die Gerichte sind gezwungen, sich regelmässig mit dem Sprachenrecht auseinanderzusetzen. Somit gehen die meisten Impulse zur Weiterentwicklung der freiburgischen Sprachpolitik von den kantonalen Gerichten aus, mitunter auch vom schweizerischen Bundesgericht. Diese vom demokratischen und politischen Standpunkt aus bedauernde Vorgehensweise hat den "Vorteil", dass sich die gewählten Kantonsbehörden am heissen Eisen der Zweisprachigkeit nicht die Finger verbrennen. Gleichzeitig lässt diese Situation den Gemeinden viel Spielraum für flexible Lösungen in der Minderheitenfrage und für sprachpolitische Experimente. Unabhängig von den tatsächlichen Minderheitenanteilen in den betroffenen Ortschaften entstehen so beträchtliche Rechtsungleichheiten, -unsicherheiten und Differenzen im Umgang mit der kommunalen Zweisprachigkeit.

Die unterschiedliche Berücksichtigung des sprachlichen Pluralismus' ist stark von der lokalen Tradition, von personellen Faktoren sowie von tagespolitischen

---

23 Einer der ersten Vorstösse des Freiburger Stadtpräsidenten Dominique de Buman nach seiner Wahl in den Nationalrat betraf im Frühjahr 2004 die Untervertretung der frankophonen Parlamentarier unter den Kommissionspräsidenten, Stimmzählern und Abgeordneten des Parlaments bei der Interparlamentarischen Union.

Umständen abhängig. Interessante Studienobjekte bilden diesbezüglich die Gemeinden des Saanebezirks (insbesondere der Agglomeration Freiburg) und des Seebezirks, die bisweilen äusserst unterschiedliche sprachpolitische Modelle anwenden. Im Übrigen scheint die jeweilige Sprachpolitik der Gemeinden für die sprachlich-demografische Entwicklung im Sprachgrenzgebiet nicht determinierend zu sein: Trotz der strikten Anwendung des sprachlichen Territorialitätsprinzips (Einsprachigkeit und Assimilationszwang auch im Schulwesen) wächst beispielsweise in den Gemeinden Cressier/Grissach und Vully/Wistenlach die deutschsprachige Minderheit kontinuierlich. Gleichzeitig nimmt diese in den Gemeinden der Agglomeration Freiburg seit Jahren ab, obwohl hier einzelne Ortschaften ihrer autochthonen, deutschsprachigen Minderheit stärker entgegenkommen und beispielsweise die Einschulung der Kinder in den deutschen Schulen der Stadt Freiburg ermöglichen.<sup>24</sup>

(5.) Fünftens wird die sprachpolitische Diskussion durch den regelmässig wiederkehrenden Germanisierungsmythos beeinflusst. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts ist im öffentlichen Bewusstsein der Welschschweiz die Meinung verankert, der deutschsprachige Bevölkerungsanteil des Landes sei auf Kosten der französischen Sprache am Zunehmen. Von dieser vermeintlichen demografischen "Germanisierung" ist es nur ein kleiner Schritt zur geografischen, wirtschaftlichen und politischen Ebene. Einerseits wird ein Verlust an französischsprachigem Territorium befürchtet, andererseits der scheinbar abnehmende Einfluss der *Suisse romande* in Politik und Wirtschaft beklagt. Wie anderen sprachlichen Grenzgebieten kommt auch der freiburgischen Sprachgrenzzone innerhalb des Ideenkonstrukts der "Germanisierung" besonderes Gewicht zu: Aus einer defensiven, französischsprachigen Perspektive bildet Freiburg die letzte Bastion an der Grenze der Frankophonie, die es gegen deutschsprachiges Vordringen und gegen die "schädliche" Zweisprachigkeit zu verteidigen gilt.<sup>25</sup>

Die Wurzeln der Germanisierungsangst reichen in Freiburg bis ins *Ancien Régime* zurück, als Deutsch nach dem Beitritt zur Eidgenossenschaft zur

---

24 Vgl. Bernhard Altermatt (2003<sup>1</sup>), 264ff.; Carole Schneuwly (2002); Philipp Haselbach (2001); Uli Windisch (1992). Freiburgs sprachpolitische und sprachenrechtliche Mühen sind teilweise auf das Territorialitätsprinzip und auf dessen schlechte Eignung zum Minderheitenschutz in zweisprachigen Gebieten zurückzuführen. Vgl. bezüglich dieser fundamentalen Frage: Peter Hänni (1999); Peter Saladin & EDI (1989); Bernhard Altermatt (2004<sup>1</sup> und 2003<sup>2</sup>).

25 Diese Denkweise ist besonders stark verbreitet in den Kreisen der ethnolinguistischen, frankophonen Interessenvertretung *Communauté romande du pays de Fribourg* (CRPF), deren Exponenten sich ausdrücklich für eine sprachliche Aufteilung des Kantons stark machen. Vgl. dazu: Denis Clerc, "Trois districts, ça suffit", in: *La Liberté*, 18. März 2000, 2: "Il faut répartir le territoire cantonal en trois districts: un au sud, un au centre et un district alémanique à l'est. [...] Cette opération permettra de délimiter les territoires linguistiques." Zur CRPF vgl. Georges Andrey (1988), 327; Georges Andrey (1985); zum Germanisierungsmythos vgl. Bernhard Altermatt (2004<sup>2</sup>).

hauptsächlichen Amtssprache der Behörden wurde. Im 19. Jahrhundert verstärkte sich diese Wahrnehmung durch das politische Zusammenrücken der Schweiz und durch die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Die Garantie der Niederlassungsfreiheit führte beispielsweise zur Einwanderung von bernischen Bauern in den Norden des Kantons Freiburg. Entgegen den verbreiteten Befürchtungen integrierten sich diese und auch alle nachfolgenden deutschsprachigen Zuwanderer aber sehr schnell in ihr mehrheitlich frankophones Umfeld. Die Resultate der Volkszählungen weisen jedenfalls das Gegenteil einer "Germanisierung" aus: In der Mehrheit aller französischsprachigen Gemeinden des Sprachgrenzgebiets, einschliesslich in der Stadt Freiburg, ist ein markanter Rückgang der deutschsprachigen Minderheit zu beobachten. Es findet keine "Germanisierung", sondern eine Homogenisierung der Sprachgebiete statt. Seit über hundert Jahren hat die Region Freiburg einen kontinuierlichen Verlust an kommunaler und regionaler Zweisprachigkeit zu beklagen. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt im Lichte der schweizerischen Viersprachigkeit bedenklich. Ebenso gravierend erscheint, dass die kantonalen Behörden sowie die kulturellen und gesellschaftlichen Verantwortungsträger die Verbreitung des Germanisierungsmythos' bis heute nicht verurteilen.

Die hier aufgeführten Elemente (Grenzziehung, Minderheitenverteilung, umgekehrte Mehrheitsverhältnisse, kommunale Selbstbestimmung, Germanisierungsmythos) beinhalten eine stark psychologisch-subjektive Dimension. Es handelt sich dabei gleichermassen um Realitäten und um deren Wahrnehmung durch die zwei Sprachgemeinschaften. Die unterschiedliche Einschätzung der Sprachsituation beeinflusst sowohl auf individueller wie auch auf kollektiver Ebene die Haltungen in der Sprachpolitik. In sprachpolitischen Fragen führen deshalb in Freiburg eigentlich nur Freiwilligkeit und positive Anreize zum Erfolg. Von oben verordnete obligatorische Neuerungen oder allgemeingültig einzuführende Massnahmen stossen auf starken Widerstand, insbesondere bei einem Teil der französischsprachigen Bevölkerung. Im Schulbereich offenbarte sich dies etwa bei der beabsichtigten Einführung von Deutschlektionen in den frankophonen Schulklassen nach dem Zweiten Weltkrieg, beim Versuch mit obligatorischem Immersionsunterricht am Kollegium St. Michael Ende der 1980er Jahre, und beim Projekt zur Einführung der sprachlichen Immersion in den Primarschulen im Jahr 2000. Diese und ähnliche Projekte konnten entweder erst nach längeren Übergangsperioden oder auf freiwilliger und partieller Basis umgesetzt werden: So gehört Deutsch erst seit 1984 zum Lehrplan der frankophonen Primarschulen des Kantons; das Kollegium St. Michael führt seit 1991 zweisprachige Klassen auf freiwilliger Basis; und auch die flächendeckende Einführung des Immersionsunterrichts in der obligatorischen Schulzeit scheiterte bisher an der Gemeindeautonomie.

## **Die Zweisprachigkeit der Stadt Freiburg muss gestärkt werden (Fazit)**

In der Stadt Freiburg werden die deutsche Sprache und die deutschsprachige Minderheit zwar nicht absichtlich übergangen oder diskriminiert – zu diesem Schluss kommt jeder Stadtfreiburger deutscher Muttersprache und jeder externe Beobachter. Die Zweisprachigkeit der Stadt Freiburg wird auch nicht bewusst und gezielt vernachlässigt. Die deutsche Sprache, die deutschsprachige Minderheit und die Zweisprachigkeit werden in der Stadt Freiburg von den Behörden aber auch nicht gebührend berücksichtigt, nicht wirklich anerkannt, und nicht speziell gefördert. Damit ähnelt die heutige Stadtfreiburger Sprachpolitik auf weiten Strecken der Sprachensituation, wie sie im zweisprachigen Kanton Freiburg bis in die 1960er Jahre herrschte: Ungleichbehandlungen, Unbeweglichkeit und Rechtsunsicherheit bestehen neben mangelndem Minderheitenschutz sowie fehlender Förderung der Zweisprachigkeit. Während der Kanton in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg seinen sprachpolitischen Rückstand aufgeholt und die Zweisprachigkeit offiziell anerkannt hat, scheint die Sprachpolitik der Hauptstadt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stecken geblieben zu sein. Die Einsicht, dass die Zweisprachigkeit kein lästiges Erbe, sondern ein förderungswürdiger Reichtum ist, hat sich erst ansatzweise auf die dritte und unterste Ebene der schweizerischen, föderalistischen Staatsstruktur übertragen, d.h. auf die gemischtsprachigen Gemeinden.

In demografischer Hinsicht ist die Stadt Freiburg zweifelsfrei eine zweisprachige Stadt. Im Bildungsbereich bietet die Universitätsstadt gar eines der breitesten "zweisprachigen" Angebote an Schulen und Ausbildungen in Europa (sprachlich parallele und zweisprachige Studien auf Französisch und Deutsch). Auf rechtlicher Ebene (für die freiburgischen Gerichte und das Bundesgericht, für Kantonsparlament und -regierung, sowie in geringerem Mass auch für die Gemeindebehörden) gilt Freiburg eindeutig als zweisprachige Stadt, auch wenn sie ihre Zweisprachigkeit bisher nicht ausdrücklich anerkannt hat. Bezüglich des sprachlichen Auftretens und der administrativen Sprachpraxis bestehen kaum zu rechtfertigende Lücken, die in den letzten Jahrzehnten zwar stetig, aber zu langsam abgenommen haben. Auch im öffentlichen Stadtbild ist die Zweisprachigkeit schwächer präsent, als man es angesichts der fast 850-jährigen zweisprachigen Geschichte erwarten könnte. In diesem Bereich verbesserte sich die Lage in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwar merklich; sie bleibt aber nach wie vor unbefriedigend.

Die in diesem Artikel festgehaltenen Zustände und Tendenzen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die freiburgischen Stadtbehörden gegenüber der Zweisprachigkeit eine eher kühle Haltung einnehmen. Die Zweisprachigkeit des Kantonshauptorts ist heute wohl das bedeutendste ungelöste Problem der Sprachpolitik im zweisprachigen Kanton Freiburg. Aus dieser Perspektive erstaunt weder die Mühe, die gewisse Unternehmen bei der Rekrutierung von

zweisprachigem Personal haben, noch die kürzlich erfolgte Niederlage Freiburgs bei der "Kandidatur" für den Sitz des schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts erster Instanz. Solange die Zweisprachigkeit nur mit leeren Worten und in Hochglanzbroschüren gerühmt, nicht aber mit Taten und (Pionier-) Leistungen konkretisiert wird, dürften die Vorteile der Zweisprachigkeit für den Kanton und die Stadt nur teilweise nutzbar bleiben. In Zusammenarbeit mit anderen gemischtsprachigen Ortschaften des Kantons, der Schweiz und Europas – ich denke beispielsweise an Murten, Biel, Luxemburg und Brüssel – könnte Freiburg jedoch den Grundstein zu einer zukunftsorientierten Politik der Zweisprachigkeit legen. Die diesbezügliche Unterstützung von Kanton und Bund ist seit den 1990er Jahren in den geltenden Verfassungen verankert.<sup>26</sup>

## BIBLIOGRAFIE

- Altermatt, B. (2004<sup>1</sup>). Language Policy in the Swiss Confederation: The Concepts of Differentiated Territoriality and Asymmetrical Multilingualism. In *Federalism, Decentralisation and Good Governance in Multicultural Societies*. Fribourg: Publications de l'Institut du Fédéralisme Fribourg Suisse, 7-36.
- Altermatt, B. (2004<sup>2</sup>). Der Mythos der 'Germanisierung': Ein vielschichtiger Diskurs und seine Auswirkungen im westschweizerischen Sprachgrenzgebiet. *Traverse – Zeitschrift für Geschichte/Revue d'histoire*, 3, 113-128.
- Altermatt, B. (2003<sup>1</sup>). *La politique du bilinguisme du canton de Fribourg/Freiburg 1945-2000, Entre innovation et improvisation*. Freiburg: Chaire d'histoire contemporaine générale et suisse de l'Université de Fribourg Suisse.
- Altermatt, B. (2003<sup>2</sup>). Zweisprachigkeit und Sprachenterritorialität im Kanton Freiburg (1945-2000). *Freiburger Geschichtsblätter*, 80, 111-154.
- Altermatt, B. (2002). Von sprachlicher Diskriminierung zur Förderung der Mehrsprachigkeit. Fribourg/Freiburg (Schweiz) 1945-2000. In C. Bosshart-Pfluger, J. Jung & F. Metzger (Hg.), *Nation und Nationalismus in Europa. Kulturelle Konstruktion von Identitäten*. Frauenfeld/Stuttgart/Wien: Huber, 205-224.
- Altermatt, U. (1996<sup>1</sup>). *Das Fanal von Sarajewo, Ethnonationalismus in Europa*. Zürich: Neue Zürcher Zeitung.
- Altermatt, U. (1996<sup>2</sup>). Sprachenblöcke oder Sprachenvielfalt. *Universitas Friburgensis*, 1, 5-12.
- Altermatt, U. (1993). Französisch war die Sprache der Regierung, Zum langsamen Emanzipationsprozess der deutschfreiburgischen Minderheit. *Freiburger Geschichtsblätter*, 70, 107-124.
- Andrey, G. (1988). Le plurilinguisme dans la seconde moitié du XX<sup>e</sup> siècle. In *Jean Meynaud ou l'utopie revisitée. Actes du colloque tenu à l'Université de Lausanne, les 25 et 26 septembre 1986*. Lausanne: Université de Lausanne Suisse, 319-347.

---

26 Staatsverfassung des Kantons Freiburg, Art. 21, Abs. 2: "Der Staat fördert das Verständnis zwischen den beiden Sprachgemeinschaften"; Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Art. 70, Abs. 4: "Der Bund unterstützt die mehrsprachigen Kantone bei der Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben".

- Andrey, G. (1985). La communauté romande du pays de Fribourg ou comment sauvegarder la paix des langues. *Alliance culturelle romande*, 31 (1985), 51-54.
- Boschung, P. (1989). *Die freiburgische Sprachenfrage. Leidensgeschichte und Aufbruch einer Minderheit*. Freiburg: St-Paul.
- Brohy, C. (1992). *Das Sprachverhalten zweisprachiger Paare und Familien in Freiburg/Fribourg (Schweiz)*. Freiburg: Universitätsverlag Freiburg Schweiz.
- Cichon, P. (1998). *Sprachbewusstsein und Sprachhandeln. Romands im Umgang mit Deutschschweizern*. Wien: Braumüller.
- Gasser, A. (1987). *Le fossé des langues? Attitudes et comportements intergroupes et linguistiques dans une ville bilingue*. Lizentiatsarbeit der Universität Freiburg Schweiz.
- Girard G. & Egger, E. (1950). *Discours de clôture prononcé par le R.P. Grégoire Girard [en 1819], commenté par Eugène Egger*. Freiburg: Société fribourgeoise d'éducation.
- Hänni, P. (1999). Das freiburgische Sprachenrecht zwischen Sprachenfreiheit und Territorialitätsprinzip. In Deutschfreiburgische Arbeitsgemeinschaft (Hg.), *Deutschfreiburg im Aufbruch, Festschrift zum 40. Jahrestag der Gründung der Deutschfreiburgischen Arbeitsgemeinschaft*. Freiburg: St-Paul, 198-217.
- Haselbach, P. (2001). *Zwischen Linie und Zone, Freiburgs Sprachgrenze in der Zeit von 1890 bis 1960, Ein Beitrag zur kantonalen Sprachgeschichte*. Freiburg: St-Paul.
- Heinemann, F. (1895). Geschichte des Schul- und Bildungslebens im alten Freiburg bis zum 17. Jahrhundert. *Freiburger Geschichtsblätter*, 2, 1-146.
- Kolde, G. (1981). *Sprachkontakte in gemischtsprachigen Städten. Vergleichende Untersuchungen über Voraussetzungen und Formen sprachlicher Interaktion verschiedensprachiger Jugendlicher in den Schweizer Städten Biel/Bienne und Fribourg/Freiburg i.Ü.*. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag.
- Lüdi, G. & Werlen I. (Hg.) (1997). *Le paysage linguistique de la Suisse*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Lüdi, G. (1989). Ein historisches Beispiel für Polyglossie: Stadtsprachen in Fribourg/Freiburg i. Üe. im XIV./XV. Jahrhundert. *Plurilingua, Schriftenreihe zur Kontaktlinguistik der Brüsseler Forschungsstelle für Mehrsprachigkeit*, VIII, 37-55.
- Morard, Nicolas (2002/03). Métiers, richesses, pouvoirs. Un instantané socio-économique de Fribourg, fin du XV<sup>e</sup> s.. In *Annales fribourgeoises. Publication de la Société d'histoire du canton de Fribourg*, 9-112.
- Portmann, U. (1981). Die Datenbank *Freiburger Bürgerbuch 1341-1416* als Forschungsinstrument: Herkunft der Bewohner Freiburgs im 14. Jahrhundert. In G. Gaudard, C. Pfaff & R. Ruffieux, *Fribourg: ville et territoire, Aspects politiques, sociaux et culturels de la relation ville-campagne depuis le Bas Moyen Age*. Freiburg: Universitätsverlag Freiburg Schweiz, 105-123.
- Ruffieux, R. (Hg.) (1981). *Histoire du Canton de Fribourg*. Freiburg: Fagnière.
- Saladin, P. & Eidgenössisches Departement des Innern EDI (Hg.) (1989). *Le quadrilinguisme en Suisse - présent et futur. Analyse, propositions et recommandations d'un groupe de travail du Département fédéral de l'intérieur (groupe de travail Saladin)*. Berne: EDI (Titel der deutschen Version: *Zustand und Zukunft der viersprachigen Schweiz*).
- Schnetzer, P. (1977). *Das Eindringen des Deutschen in die Stadtkanzlei Freiburg (1470-1500)*. Lizentiatsarbeit der Universität Freiburg Schweiz, teilweise publiziert unter demselben Titel in: *Freiburger Geschichtsblätter*, 62 (1980), 85-135.
- Schneuwly, C. (2002). *Das Zusammenleben von Deutschschweizern und Romands in der gemischt-sprachigen Gemeinde Courtaman seit 1941. Ein Spiegelbild der Möglichkeiten und Grenzen der Sprachenpolitik im Kanton Freiburg*. Lizentiatsarbeit der Universität Freiburg Schweiz.
- Schneuwly, R. (1995). *Balmgasse / Rue de la Palme, Historique et petites histoires des vingt-deux places et rues de Fribourg portant une enseigne bilingue*. Freiburg: St-Paul.

Windisch, U. et al. (1992). *Les relations quotidiennes entre Romands et Suisses alémaniques. Les cantons bilingues de Fribourg et du Valais*. Lausanne: Payot.

Zufferey, J.-B. (1999). *Rechtsgutachten zur Bezeichnung des Bahnhofs Freiburg*. Freiburg (amtliche deutsche Übersetzung).